

## DStV-Stellungnahme E 07/26

# Verordnungsvorschlag über die Einrichtung europäischer Unternehmensbrieftaschen (EUBW)

## 1. Allgemein

Der Deutsche Steuerberaterverband e. V. (DStV) begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission, mit der Europäischen Brieftasche für Unternehmen (engl. European Business Wallet, EUBW 2025/0358 (COD)) eine vertrauenswürdige digitale Identität für Unternehmen zu schaffen, die den sicheren Austausch elektronischer Dokumente in den Bereichen B2G, B2B und G2G ermöglicht.

Die EUBW kann ein bedeutendes Instrument sein, um die digitale Transformation und Inklusion von Unternehmen in der EU weiter voranzutreiben. Zugleich trägt sie dazu bei, Verwaltungsverfahren zu modernisieren, Medienbrüche abzubauen und den Austausch zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen effizienter und nutzerfreundlicher zu gestalten. Neben Unternehmen und dem steuerberatenden Berufsstand könnten davon insbesondere öffentliche Verwaltungen, auch auf kommunaler Ebene, erheblich profitieren.

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung der Omnibusvorschriften für den Digitalbereich (Omnibus-Digital) sowie im Rahmen des Verordnungsvorschlags zur EUBW hat sich der DStV eingebracht. Die Gelegenheit zur Stellungnahme über den Vorschlag nutzten wir daher gerne, um unseren Standpunkt hervorzuheben und die grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung der EUBW im weiteren Gesetzgebungsprozess zu benennen. Dazu gehört insbesondere, dass die EUBW den Grundsatz der Gleichwertigkeit wahrt, öffentliche Stellen zu ihrer Akzeptanz und Nutzung verpflichtet werden und der Zugang wie im Verordnungsvorschlag dargelegt Selbstständigen sowie Einzelunternehmen offensteht. Nur so kann sie ihr volles Potenzial für Berufsstand, Verwaltung und Unternehmen entfalten.

## 2. Grundsatz der Gleichwertigkeit wahren

Der **DStV** hält es für erforderlich, den Grundsatz der Gleichwertigkeit nach Artikel 4 des Verordnungsvorschlags zu wahren. Handlungen, die über die EUBW vorgenommen werden, sollten dieselbe Rechtswirkung entfalten wie persönliche Vorsprachen, papierbasierte Verfahren oder andere rechtmäßig anerkannte digitale Prozesse. Nur so kann die EUBW zu einem verlässlichen und rechtssicheren Instrument für Unternehmen, Verwaltung und Berufsstand werden.

Der Berichtsentwurf des Berichterstatters im zuständigen Ausschuss des EU-Parlaments für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) 2025/0358 (COD) sieht einen Änderungsvorschlag zu Artikel 4 des Verordnungsvorschlags vor. Danach soll der Grundsatz der Gleichwertigkeit nur dann gewahrt bleiben, wenn der Inhaber einer EUBW eine Kernfunktion der EUBW nutzt, die auf einem qualifizierten Vertrauensdienst beruht.

Der **DStV** hält den Vorschlag des Berichterstatters nicht für überzeugend. Die zentrale Bedeutung qualifizierter Vertrauensdienste für eine rechtssichere Nutzung der EUBW muss ausdrücklich anerkannt werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Nachweisbarkeit digitaler Vorgänge und tragen so wesentlich zu einer vertrauenswürdigen digitalen Infrastruktur bei. Dies ist Grundlage für die Akzeptanz des EUBW bei den Unternehmen und der Verwaltung.

Darüber hinaus sollte im weiteren Gesetzgebungsprozess darauf geachtet werden, dass eine Beschränkung des Gleichwertigkeitsgrundsatzes auf qualifizierte Vertrauensdienste nicht zu Widersprüchen innerhalb der Verordnung selbst führt. Nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b) des Verordnungsvorschlags müssen die Identifizierungsdaten des Inhabers einer EUBW nicht zwingend als qualifizierte elektronische Attributsbescheinigung ausgestellt werden. Würde der Grundsatz der Gleichwertigkeit künftig nur noch für qualifizierte Vertrauensdienste gelten, entstünde hier eine nennenswerte Inkonsistenz.

Zudem sollte berücksichtigt werden, dass praxisrelevante Nachweise, die nicht als qualifizierte Vertrauensdienste einzuordnen sind, nach dem vorgeschlagenen

Zuschnitt möglicherweise nicht mehr als gleichwertig angesehen werden könnten. Dies würde die praktische Nutzbarkeit der EUBW einschränken.

### **3. Kommunale Verwaltung verbindlich in die Nutzung der EUBW einbinden**

Es ist erforderlich, dass die öffentliche Hand den Wirtschaftsteilnehmern die Nutzung der EUBW verbindlich ermöglicht, wie es Artikel 16 des Verordnungsvorschlags vorsieht. Ausnahmen für Gemeinden mit 10.000 Einwohnern oder weniger zur freiwilligen Nutzung, wie sie im Berichtsentwurf des Berichterstatters im zuständigen ITRE-Ausschuss des EU-Parlaments unter Artikel 16 Absatz 1 a) gefordert wird, würden zu unnötigen Abgrenzungsschwierigkeiten und zu Rechtsunsicherheit bei den Benutzern führen. Dies würde die Akzeptanz des EUBW, erheblich schwächen.

Gerade auf kommunaler Ebene bestehen regelmäßig wichtige Berührungspunkte zwischen Unternehmen und Verwaltung. Umso wichtiger ist es, dass der Kreis der einbezogenen öffentlichen Stellen nicht zu eng gefasst wird. Zu begrüßen ist daher, dass der Begriff der öffentlichen Stelle für die Zwecke der EUBW derzeit auch Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie eingeschränkt auch öffentlich-private Partnerschaften, soweit sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen, einbeziehen kann.

Besonders nachteilig wäre eine Einschränkung der verpflichtenden Nutzung für ländliche und strukturschwache Regionen. Gerade kleinere Kommunen stehen häufig vor der Herausforderung, ihre Attraktivität als Unternehmensstandort zu sichern. Fehlende digitale Verwaltungsangebote würden bestehende Standortnachteile weiter verstärken. Die EUBW kann hier ein wichtiger digitaler Enabler sein, um Verwaltungsprozesse zu modernisieren, Standortbedingungen zu verbessern und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Gemeinden nachhaltig zu stärken.

Für Steuerberaterinnen und Steuerberater entstünden durch eine eingeschränkte Nutzung der EUBW ebenfalls erhebliche Nachteile. Dies gilt insbesondere für Berufsangehörige, die lokal verwurzelt sind, über ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Unternehmen ihrer Region verfügen und ihre Mandanten regelmäßig bei Digitalisierungsprozessen begleiten. Unterschiedliche

digitale Grundvoraussetzungen auf kommunaler Ebene würden ihre Arbeit unnötig erschweren und die effiziente Vertretung von Unternehmen gegenüber der Verwaltung beeinträchtigen.

Zudem bestünde die Gefahr eines dauerhaften Zwei-Klassen-Systems. Unternehmen hätten je nach Sitz oder zuständiger Verwaltung unterschiedliche digitale Möglichkeiten und müssten mit unterschiedlichen Verwaltungsrealitäten umgehen. Damit würden gleiche Wettbewerbsbedingungen in Frage gestellt.

Der **DStV** verkennt nicht, dass insbesondere kleinere Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Verwaltung vor finanziellen und technischen Herausforderungen stehen. Diese Herausforderungen dürfen jedoch nicht zu einer verzögerten oder gar uneinheitlichen digitalen Verwaltungsmodernisierung führen. Vielmehr sollte die Einführung der EUBW als Chance verstanden werden, gerade kleinere Verwaltungseinheiten gezielt zu modernisieren. Eine flankierende technische und organisatorische Unterstützung kleiner Kommunen wäre daher ein geeignetes Mittel, um die verbindliche Nutzung der EUBW praxistauglich umzusetzen. Insgesamt birgt eine lediglich freiwillige Nutzung durch Kommunen die Gefahr einer deutlich verminderten Wirksamkeit, Akzeptanz und Marktdurchdringung.

#### **4. EUBW als Digitalisierungsenabler für Selbständige und Einzelunternehmen nutzen**

Es ist zu begrüßen, dass die EUBW nach dem Verordnungsvorschlag auch Selbständigen und Einzelunternehmen offenstehen soll. Dadurch kann sie ihr volles Potenzial für Wirtschaftsteilnehmer unterschiedlicher Größe entfalten und zur Digitalisierung der europäischen Wirtschaft in der Breite beitragen.

Gerade kleinere Marktteilnehmer profitieren von einer nutzerfreundlichen und kostengünstigen digitalen Identitätslösung. Sie erhalten dadurch einen leichteren Zugang zu digitalen Verwaltungs- und Geschäftsprozessen. Dies kann zugleich zum Bürokratieabbau beitragen und die praktische Handhabung administrativer Verfahren erleichtern. Positiv ist daher, dass der Verordnungsvorschlag die besonderen Ressourcen und Nutzungsmöglichkeiten von Selbständigen und Einzelunternehmen in Erwägungsgrund 12 berücksichtigt und für sie einen Zugang zu angemessenen und erschwinglichen Preisen vorsieht. Diese

Ausrichtung sollte im weiteren Gesetzgebungsprozess unbedingt beibehalten werden, damit die EUBW auch für kleinere Wirtschaftsteilnehmer tatsächlich praxistauglich nutzbar bleibt.

Die EUBW hat zudem eine besondere Bedeutung für den steuerberatenden Berufsstand. Steuerberaterinnen und Steuerberater begleiten ihre Mandanten zunehmend bei der Einführung und Nutzung digitaler Verwaltungs- und Geschäftsprozesse. Die Einbeziehung von Selbständigen und Einzelunternehmen stärkt daher zugleich die Rolle des Berufsstands als digitale Schnittstelle zwischen Mandanten, Unternehmen und Finanzverwaltung sowie als zunehmender Digitalisierungsberater.

## 5. Zusammenfassung

✓ Der **DStV** fordert, den Grundsatz der Gleichwertigkeit nach Artikel 4 zu wahren. Handlungen über die EUBW müssen dieselbe Rechtswirkung flächendeckend entfalten wie persönliche, papierbasierte oder andere rechtmäßig anerkannte digitale Verfahren. Qualifizierte Vertrauensdienste sind für eine rechtssichere Nutzung der EUBW von zentraler Bedeutung. Eine Beschränkung allein auf diese Dienste sollte jedoch vermieden werden, soweit dadurch Inkonsistenzen innerhalb der Verordnung entstehen und praxisrelevante Nachweise aus dem Gleichwertigkeitsmechanismus herausfallen könnten.

✓ Die öffentliche Hand sollte allen Wirtschaftsteilnehmern die Nutzung der EUBW verbindlich ermöglichen. Ausnahmen für kleinere Kommunen, etwa für Gemeinden mit 10.000 Einwohnern oder weniger, würden einen Flickenteppich analoger und digitaler Verfahren begünstigen, die Akzeptanz der EUBW schwächen und zugleich Komplexität sowie Kosten für Unternehmen erhöhen.

✓ Gerade kleinere Marktteilnehmer profitieren von einer nutzerfreundlichen und kostengünstigen digitalen Identitätslösung. Der **DStV** begrüßt daher, dass der Verordnungsvorschlag die besonderen Ressourcen von Selbständigen und Einzelunternehmen berücksichtigt und einen Zugang zu angemessenen und erschwinglichen Preisen vorsieht.

✓ Der **DStV** fordert, Steuerberaterinnen und Steuerberater als digitale Schnittstelle zwischen Mandanten, Unternehmen und Verwaltung ausdrücklich im weiteren Gesetzgebungsprozess mitzudenken. Ihre Einbindung kann die praktische Einführung und Nutzung der EUBW wesentlich unterstützen, da sie ihre Mandanten zunehmend bei der Einführung und Anwendung digitaler Verwaltungs- und Geschäftsprozesse begleiten.

**Stand: 29.04.2026**

\*\*\*\*\*

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

\*

## DStV Statement E 07/26

# Proposed Regulation on the establishment of European Business Wallets (EUBW)

## 1. General remarks

The German Tax Advisers Association (**DStV**) welcomes the European Commission's proposal, through the European Business Wallet (EUBW 2025/0358 (COD)), to establish a trusted digital identity for businesses that will enable the secure exchange of electronic documents in B2G, B2B, and G2G contexts.

The EUBW has the potential to become a key instrument in furthering the digital transformation and inclusion of businesses across the EU. At the same time, it can help to modernise administrative procedures, reduce media discontinuities, and facilitate more efficient and user-friendly exchanges between businesses and public authorities. Public administrations, including at local level, could also benefit significantly, as could businesses and the tax advisory profession.

The **DStV** has already provided input in preparation for the publication of the digital omnibus package (Omnibus Digital) and in relation to the proposed EUBW Regulation. We therefore welcome the opportunity to comment on the proposal and set out our position, identifying the key prerequisites for successfully developing the EUBW in the legislative process ahead. These include ensuring that the EUBW upholds the principle of equivalence, that public bodies are required to accept and use it, and that access remains open to the self-employed and sole traders, as set out in the proposed Regulation. Only under these conditions can the EUBW realise its full potential for the profession, public administration and businesses.

## 2. Upholding the principle of equivalence

The **DStV** considers it essential to uphold the principle of equivalence as set out in Article 4 of the proposed Regulation. Actions carried out via the EUBW should have the same legal effect as in-person visits, paper-based procedures or other legally recognised digital processes. Only in this way can the EUBW become a reliable and legally secure tool for businesses, public administrations and the profession.

The draft report by the rapporteur in the European Parliament's Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) on 2025/0358 (COD) proposes an amendment to Article 4 of the proposed Regulation. Under this amendment, the principle of equivalence would apply only where the holder of an EUBW uses a core function of the EUBW based on a qualified trust service.

The **DStV** does not find the rapporteur's proposal convincing. The central importance of qualified trust services for the legally secure use of the EUBW must be explicitly recognised. They make an important contribution to the confidentiality, integrity, authenticity and verifiability of digital processes and therefore play a key role in ensuring a trustworthy digital infrastructure. This is the basis for acceptance of the EUBW by businesses and public administrations.

At the same time, care should be taken in the further legislative process to ensure that restricting the principle of equivalence to qualified trust services does not create contradictions within the Regulation itself. Under Article 8(3)(b) of the proposed Regulation, the identification data of the holder of an EUBW do not necessarily have to be issued as a qualified electronic attribute certificate. If the principle of equivalence applies only to qualified trust services, this would create a significant inconsistency.

Furthermore, it should also be noted that evidence that does not qualify as a qualified trust service may no longer be considered equivalent under the proposed framework. This would restrict the practical usability of the EUBW.

### **3. Mandatory integration of public authorities into the use of the EUBW**

As provided for in Article 16 of the proposed Regulation, it is necessary for public authorities to make the use of the EUBW mandatory for economic operators. Allowing municipalities with 10,000 inhabitants or fewer to use the EUBW on a voluntary basis, as proposed in the draft report by the European Parliament's competent ITRE Committee under Article 16(1)(a), would create unnecessary difficulties in terms of demarcation and cause legal uncertainty for users. This would significantly undermine acceptance of the EUBW.

At the local government level in particular, there are frequent and substantial interactions between businesses and public administration. Therefore, it is even more important that the scope of public bodies is not defined too narrowly. Against this background, it is positive that, for the purposes of the EUBW, the term 'public body' currently includes bodies governed by public law, as well as public-private partnerships that perform public tasks.

Restricting the mandatory use of the EUBW would be particularly detrimental to rural and structurally weaker regions. Smaller municipalities often struggle to maintain their attractiveness as business locations. A lack of digital administrative services would exacerbate existing location-based disadvantages. In this context, the EUBW can serve as an important digital enabler, helping to modernise administrative processes, improve local conditions, and strengthen the economic competitiveness of smaller municipalities in the long term.

Restricted use of the EUBW would also entail significant disadvantages for tax advisers. This would particularly affect professionals who are rooted in their local area, have a special relationship of trust with businesses in their region, and regularly support their clients in digitalisation processes. Different digital requirements at a local authority level would unnecessarily complicate their work and hinder their ability to effectively represent businesses in their dealings with the public administration.

Furthermore, there would be a risk of creating a permanent two-tier system. Depending on their registered office or the relevant administrative authority, businesses would have access to different digital options and would have to navigate different administrative realities. This would call into question the existence of a level playing field.

The **DStV** recognises that smaller local authorities in particular face financial and technical challenges when it comes to digitising their administration. However, these challenges must not result in the modernisation of digital administration being delayed or becoming inconsistent. Instead, the introduction of the EUBW should be seen as an opportunity to modernise smaller administrative units in a targeted manner. Providing technical and organisational support to smaller local authorities would therefore ensure that the mandatory use of the EUBW is implemented practically and proportionately. Overall, if the use of the EUBW were to be voluntary, this would significantly reduce its effectiveness, acceptance and market penetration.

#### **4. Using the EUBW as a digitalisation enabler for the self-employed and sole traders**

It is welcome that, under the proposed Regulation, the EUBW is also intended to be available to the self-employed and sole traders. This will enable it to realise its full potential for economic operators of different sizes and contribute to the broad-based digitalisation of the European economy.

Smaller market participants in particular stand to benefit from a user-friendly and cost-effective digital identity solution. This would give them easier access to digital administrative and business processes. At the same time, it can help reduce bureaucracy and simplify the practical handling of administrative procedures. It is therefore positive that Recital 12 of the proposed Regulation considers the specific resources and usage patterns of the self-employed and sole traders and provides for their access at reasonable and affordable prices. This inclusive approach must be fully maintained in the further legislative process so that the EUBW remains genuinely practical and usable for smaller economic operators as well.

The EUBW is also of particular significance for the tax advisory profession. Tax advisers are increasingly supporting their clients in the introduction and use of digital administrative and business processes. The inclusion of the self-employed and sole traders, therefore, also strengthens the profession's role as a digital interface between clients, businesses and tax authorities, as well as its growing function as an adviser on digitalisation.

## 5. Summary

✓ The **DStV** is calling for the principle of equivalence under Article 4 to be upheld. Actions carried out via the EUBW should have the same legal effect as in-person, paper-based, or other legally recognised digital procedures. Qualified trust services are of central importance for the legally secure use of the EUBW. However, equivalence should not be limited exclusively to such services, as this could create inconsistencies within the Regulation and cause practical evidence to fall outside the scope of the equivalence mechanism.

✓ Public authorities should be required to enable all economic operators to use the EUBW. Exceptions for smaller local authorities, such as municipalities with 10,000 inhabitants or fewer, would foster a patchwork of analogue and digital procedures, weaken acceptance of the EUBW, and, at the same time, increase complexity and costs for businesses.

✓ Smaller market participants in particular benefit from a user-friendly and cost-effective digital identity solution. The **DStV** therefore welcomes the fact that the proposed Regulation considers the specific resources of the self-employed and sole traders and provides for access at reasonable and affordable prices.

✓ The **DStV** calls for tax advisers to be explicitly taken into account in the further legislative process as a digital interface between clients, businesses and public administration. Their involvement can significantly support the practical introduction and use of the EUBW, as they increasingly assist their clients with the introduction and application of digital administrative and business processes.

**As of: 29 April 2026**

\*\*\*\*\*

The German Association of Tax Advisers (DStV) acts as the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at national and international level in dealings with politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations comprise

36,500 tax advisers, tax agents, auditors, chartered accountants and professional firms – most of whom work in their own practices or firms – have voluntarily joined together.

The DStV is registered in the European Transparency Register under number 845551111047-04.

\*